



Foto: ddp

Politik muss verlässlich sein

„Deutschland bewegt sich, aber wohin?“, wollte die CDU-Vorsitzende und Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Angela Merkel von Bundeskanzler Schröder wissen. Dies sei auch der Bevölkerung nach der Regierungserklärung im Bundestag völlig unklar.

Anlässlich der Debatte über Steuerpolitik nutzte Angela Merkel die Chance zu einer Generalabrechnung mit der Politik der Regierung. „Es gibt keine Verlässlichkeit in ihrer Politik. Aussagen sollten zumindest quartalsweise berechenbar sein“, forderte die Vorsit-

Fortsetzung Seite 2

INHALT

50 Jahre
EVP-Fraktion
SEITE 5

Bürgerpartei CDU.
Reformprojekt für eine
lebendige Volkspartei.
Beschluss des
Bundesvorstands

INNENTEIL

■ Reformdebatte Angela Merkel, Edmund Stoiber: An den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland (Seite 4) ■ EU Agrarreform Gerade Hasselfeldt, Peter Harry Carstensen, Albert Dess: Reform der EU-Agrarpolitik vertane Chance (Seite 6–7) ■ EU-Agrarreform Brüsseler Agrarbeschlüsse Belastungen für deutsche Landwirte (Seite 8) ■ Treffen mit Christlichem Gewerkschaftsbund (Seite 9) ■ „Auf Schritt und Tritt verfolgt“ (Seite 9) ■ Koschyk, Reiche: Vor bioterroristischen Angriffen ungeschützt (Seite 10–11) ■ Maria Böhmer: Rotstift bei den Familien (Seite 11) ■ Katherina Reiche: Vernachlässigung der Forschung (Seite 12) ■ Erwin Marschewski: Osterweiterung – ein epochales Ereignis (Seite 12–13) ■ Michael Fuchs, Hartmut Schauerte: „Freiheit wagen – Bürokratie abbauen“ (Seite 13) ■ Konrad-Adenauer-Stiftung transatlantisch-netz.de Initiative zum euro-atlantischen Dialog (Seite 14)

Fortsetzung von Seite 1:
zende der CDU Deutschlands von Bundeskanzler Gerhard Schröder.

Die mangelnde Beständigkeit ist nach Einschätzung Angela Merckels auch der Grund, warum die geplanten Steuersenkungen nicht wie von Schröder erhofft funktionieren werden. Schröders einfache Gleichung: Weniger Steuern, mehr Konsum, funktioniere nicht, weil die Bevölkerung von der Regierung verunsichert werde. „Die rot-grünen Parteitagbeschlüsse über Eigenheimzulage und Ausbildungsabgabe werden nicht zu einem Klima von Investition und Aufbruch führen“, hielt Angela Merkel dem Kanzler vor. Die CDU steht nach ihren Worten auch weiterhin grundsätzlich für Steuersenkungen, allerdings gehe es jetzt vorrangig um die konkrete Umsetzung.

■
„Machen Sie
Ihren Job!“

Dehalb müsste die Bundesregierung „die Vorschlä-

ge auch wirklich auf dem Tisch liegen“. Der Brief von Edmund Stoiber und ihr sei keine Einladung zum außerparlamentarischen Gespräch. „Ich möchte Sie an die Arbeitsteilung von Regierung und Opposition erinnern. Machen sie Ihren Job! Wenn Sie das nicht können, müssen Sie den Platz verlassen, auf dem Sie sitzen, und zwar umgehend“, legte Angela Merkel dem Kanzler nahe. Es sei schließlich die Bundesregierung, die die Vorlagenerarbeiten müsse und nicht die Opposition.

Die Position der CDU zum Thema Steuersenkungen sei klar formuliert: „Die CDU will Reformen aus einem Guss“, so Merkel. Bei der Vorlage eines Gesamtkonzeptes gebe es dreimal ein „Ja“, der Opposition.

■ **Ja zu soliden Finanzen**
■ **Ja zu Steuerentlastungen**
■ **Ja zu zusätzlichen
Strukturreformen**

„Hier gibt es kein entweder/oder“, so Angela Merkel, „sondern nur ein Ge-

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0, Telefax 02226-802-111333. Vertrieb: Tel. 02226-802-123, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95 504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

sampaket“. Kritik äußerte die Partei- und Fraktionsvorsitzende vor allem an der unseriösen Finanzierung der Steuerreform. Bisher habe Schröder immer von einer Mischfinanzierung aus Privatisierungserlösen, Subventionsabbau und Neuverschuldung gesprochen. „Und gestern legt Eichel einen Haushaltsentwurf vor, der die Steuersenkungen nur durch neue Schulden in Höhe von sieben Milliarden Euro finanzieren will.“ In diesem Zusammenhang erinnerte Angela Merkel den Kanzler an den EU-Stabilitätspakt, der nunmehr schon im dritten Jahr in Folge nicht eingehalten werde: „Ihre Aussage, der Haushalt folgt dem Weg der Konsolidierung, ist eine Verhöhnung der Leute im Lande“, sagte Angela Merkel.

Ein einmaliger Vorgang in der Geschichte

Finanzminister Eichel warf die CDU-Chefin „Luftbuchungen und geschönte Zahlen“ vor, um die Basis für das Steuerpaket zu schaffen. Bereits der heutige Entwurf gehe davon aus, dass die Union im Bundesrat gerade erst abgelehnte Gesetzesvorschläge nun einfach abnicken werde. „Ein einmaliger Vorgang in der deutschen Geschichte“, so Angela Merkel.

Ebenso wie Hans Eichel sei auch Gerhard Schröder zunehmend realitätsfern. Während Gerhard Schröder von einer positiven Wahrnehmung Deutschlands im Ausland sprach, konterte Angela Merkel: „Warum hat Deutschland keinen Transrapid, warum gibt es in

Deutschland kein Wachstum, warum schafft es Deutschland einfach nicht?“, das seien die Fragen, die sich das restliche Europa stelle.

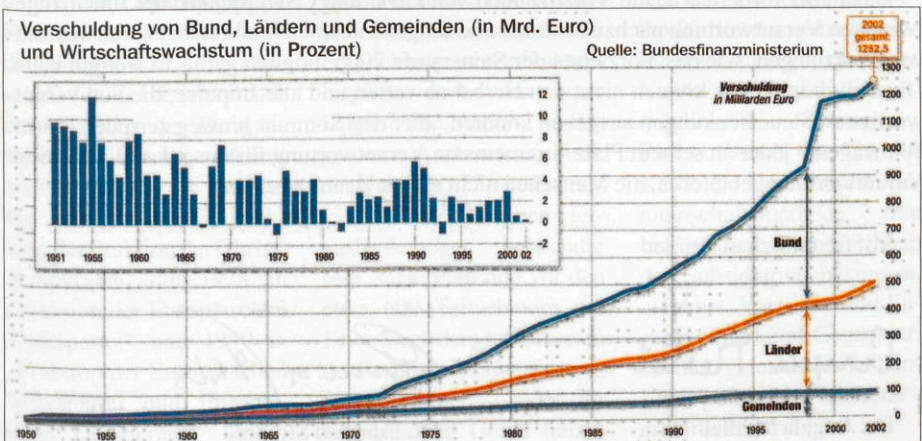
Verpackungsverordnung kostet Arbeitsplätze

Es gehe auch nicht an, dass Schröder die schlechte Wirtschaftslage beklage, und dabei die eigenen Hausaufgaben nicht erledige. „Wenn wirtschaftsschädigende Richtlinien in der EU verabschiedet werden, müssen sie dagegen eintreten“, so Merkel. Auch die Verpackungsverordnung des Bundesumweltministers koste Arbeitsplätze und schwäche die Wirtschaft.

Die konstruktive Rolle, die die Union derzeit einnehme, zeige sich auch bei den Arbeitsmarktformen.

Verschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden (in Mrd. Euro) und Wirtschaftswachstum (in Prozent)

Quelle: Bundesfinanzministerium



ANGELA MERKEL, EDMUND STOIBER:

An den **Bundeskanzler** der Bundesrepublik Deutschland

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

die Menschen machen sich große Sorgen um ihren Arbeitsplatz und ihre soziale Absicherung, um ihre persönliche Zukunft und die ihrer Kinder. Mit Beunruhigung schauen sie auf die schwindende Leistungskraft unseres Gemeinwesens und die wachsende Verschuldung der öffentlichen Haushalte. Ständig steigende Steuern und Abgaben drücken auf die Leistungsbereitschaft der Bürger.

Eine Entlastung, auf die man sich endlich wieder verlassen kann, tut dringend not. Das ist nicht nur die Forderung der Opposition im Bundestag, es geht um die Menschen und ihre Hoffnung auf einen Wiederaufschwung.



CDU und CSU treten seit je her für einen Kurs der Steuersenkung ein – solide, ehrlich und verlässlich. Wir waren deshalb im vergangenen Sommer gegen die Verschiebung der Steuerstufe 2003 auf 2004 und wir haben es geschafft, die Steuererhöhungspläne der Bundesregierung nach der Bundestagswahl größtenteils zu verhindern. Wir verstehen unseren Auftrag als Anwalt der Menschen. Je schneller und solider finanziert weitere Steuersenkungen kommen können, umso besser wird dies für unser Land und die Menschen sein.

Dazu aber fordern wir, die Vorsitzenden von CDU und CSU, Sie auf, der Ihnen zugewiesenen Verantwortung nachzukommen und umgehend einen konkreten, handfesten Entwurf vorzulegen, wie das Vorziehen der Steuerstufe 2005 möglich gemacht werden kann. Die Zeit drängt. Wir können nicht den Herbst abwarten und alle Impulse, die von verantwortbaren Steuersenkungen ausgehen könnten, über den Sommer hinweg zerreden lassen. Wir tragen – jeder an seinem Platz – gemeinsam Verantwortung für unser Land, und diese Verantwortung gebietet es, die Menschen nicht erneut zu enttäuschen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink that reads "Angela Merkel".

Dr. Angela Merkel

A handwritten signature in black ink that reads "Edmund Stoiber".

Dr. Edmund Stoiber

50 Jahre EVP-Fraktion

Am 1. Juli 2003 feierte die EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament in Strassburg ihr 50-jähriges Bestehen im Rahmen einer feierlichen Sitzung.

Auf Einladung des Fraktionsvorsitzenden, Hans-Gert Pöttering, nahmen der Präsident des italienischen Abgeordnetenhauses, Ferdinando Casini, der Premierminister der Slowakei, Mikuláš Dzurinda, die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Loyola de Palacio, der Premierminister Frankreichs Jean-Pierre Raffarin, Altbundeskanzler Helmut Kohl und der Vorsitzende der EVP, Wilfried Martens, an dem Festakt teil.

Hans-Gert Pöttering erinnerte in seiner Rede an die Geschichte der Fraktion: Am 23. Juni 1953 wurde die Christlich-Demokratische Fraktion der Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der Vorläufer des Europäischen Parlaments, offiziell anerkannt. Damit begann die erfolgreiche Entwicklung der Fraktion der Christdemokraten, die 1978 in „Fraktion der Europäischen Volkspartei“ und 1999 in „Fraktion der Europäischen Volkspartei und Europäischer Demokraten“ umbe-



nannt wurde. Durch die von der Fraktion verfolgte Strategie der Öffnung und Integration konnte sie 1999 mit 233 Abgeordneten die führende Stellung im EP übernehmen und stellt heute, einschließlich der 69 Beobachter aus den zehn neuen Ländern, mit 302 Abgeordneten fast 40 % der Mitglieder des Parlaments. Sie ist damit die mit Abstand größte Fraktion im Parlament.

Mut und Grundsatztreue seien stets die beiden prägenden Begriffe der Fraktion gewesen. In allen zentralen Phasen der gemeinschaftlichen Entwicklung sei die Fraktion Inspirator und Garant einer kühnen und starken Vision gewesen. Auch in der Zukunft der Union der 25 werde noch viel Mut für die neuen Herausforderungen notwendig sein, sagte Pöttering vor den etwa 600 Teilnehmern der Feier. Nach dem Inkrafttreten der Europäischen Verfassung werden weitere Länder zur Europäischen Union hinzu-

kommen. Die weltweiten Probleme des Terrorismus, der organisierten Kriminalität, der Instabilität des Ökosystems, der rasanten Entwicklung der Biotechnologie und andere Fragen werden Einfallsreichtum und Entschlossenheit benötigen, um die richtigen Antworten auf diese gewaltigen Herausforderungen zu geben.

Die Fraktion habe immer zur Gemeinschaftsmethode als Konzept der europäischen Integration gestanden, betonte Pöttering. Denn allein die Gemeinschaftsmethode, die das gemeinsame Interesse, eine ganzheitliche Vision vor Augen habe, ermögliche die Achtung des Rechts. Auch in Zukunft werde die Fraktion der Gemeinschaftsmethode treu bleiben und sich zum Prinzip der Subsidiarität bekennen. „Heimat, Vaterland und Europa sind kein Gegensatz, sondern gemeinsam Teil unserer politischen Identität“, erklärte Pöttering.

Reform der EU-Agrarpolitik – vertane Chance

Weitere Einkommenskürzungen, noch mehr Bürokratie und eine Verschlechterung der deutschen Nettozahlerposition.

Zu dem vom EU-Agrarministerrat beschlossenen Kompromiss zur Reform der EU-Agrarreform erklärte Gerda Hasselfeldt, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende, der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verbraucherschutz, Ernäh-

rung und Landwirtschaft Peter Harry Carstensen und der Agrarsprecher der CSU-Landesgruppe Albert Deß:

Der jetzt erzielte Kompromiss zur Reform der EU-Agrarpolitik ist eine vertane Chance. Er bedeutet für die Landwirte noch mehr Bürokratie und erhebliche Einkommensverluste. Des Weiteren müssen sie aufgrund der halbherzigen Beschlüsse

damit rechnen, dass 2008 die nächsten Reformen anstehen und damit keine Planungssicherheit für die Betriebe vorhanden ist.

Wenn Ministerin Künast den Beschluss als großen Erfolg bezeichnet, kommt das einer Verhöhnung der deutschen Landwirte gleich. Im Gegensatz zur CDU/CSU hatte sie in Brüssel kein schlüssiges Konzept vorgelegt, welches den Landwir-

AGRARREFORM

Nachteile für deutsche Landwirte

Die EU-Landwirtschaftsminister haben sich am 26. Juni 2003 auf eine Reform der europäischen Landwirtschaftspolitik geeinigt. Weder Bundeskanzler Schröder noch seine grüne Landwirtschaftsministerin Künast sind in den Verhandlungen für die Interessen der deutschen Bauern, Verbraucher und Steuerzahler eingetreten. Für Deutschland gibt es im Ergebnis deshalb nur Belastungen:

- Die EU-Agrarpolitik

wird noch bürokratischer und komplizierter.

- Die deutsche Landwirtschaft gehört zu den Hauptverlierern der Reform. Sie muss mit Einkommenseinbußen von rund 1,4 Mrd. Euro rechnen. Insbesondere Milchbauern und Rindviehhalter werden benachteiligt.

- Die deutsche Nettozahlerposition in der EU verbessert sich nicht.

Die Agrarpolitiker von CDU und CSU hatten für die Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik ein einfaches

und gerechtes System entwickelt und die Einführung einer nach regionalen Gesichtspunkten und nach Acker- und Grünland differenzierten Flächenprämie vorgeschlagen (UID 14/2003). Dieses ist überall auf positive Resonanz gestoßen, wurde aber von der Bundesregierung in Brüssel nicht vertreten. Nun gilt es, bei der Umsetzung der Reform zu verhindern, dass Rot-Grün die Gestaltungsmöglichkeiten ein weiteres Mal zu Lasten der Landwirtschaft nutzt.

ten langfristige Perspektiven gebracht hätte.

Die Agenda 2000-Beschlüsse sind auf deutsches Betreiben weitgehend durch das Vorziehen vieler Maßnahmen aufgebrochen worden, ein Wortbruch gegenüber unseren Bauern.

Die jetzt vorgesehene Teilkoppelung bei den Prämien führt zu einem Nebeneinander von mehreren Beihilfesystemen, die für die Bauern und Behörden chaotische Belastungen bringen. Die fakultative Regelung für die Mitgliedsstaaten eröffnet der rot-grünen Bundesregierung eine Spielwiese für weitere nationale Alleingänge.

Der halbherzige Systemwechsel bedeutet, dass die Landwirte ständig mit weiteren Änderungen rechnen müssen. Den jungen Landwirten wird jede Perspektive genommen. Die vorgesehene Betriebsprämie in der jetzigen Form ist auf Dauer gesellschaftspolitisch nicht haltbar, weil in der Öffentlichkeit solche Prämien als Zahlungen für's Nichtstun angesehen werden (Sofabauern). Das neue System ist damit ständigen Angriffen und Rechtsstreitigkeiten ausgesetzt.

Für Deutschland als größtem Milcherzeuger der EU ist das Ergebnis bei Milch katastrophal. Unter

Bruch der Agenda 2000-Beschlüsse und -Versprechungen kommen weitere vorgesehene drastische Preissenkungen auf die Landwirte zu. Der unzureichende Ausgleich kann bei weitem nicht die brutal angeordneten Einkommensverluste kompensieren. Während Frankreich als Haupterzeuger von Getreide seine Interessen voll durchsetzen konnte, hat Ministerin Künast die deutschen Interessen völlig vernachlässigt.

Der Wegfall der Intervention bei Roggen ist ein weiterer Beweis für die Nichtdurchsetzung spezifisch deutscher Interessen. Der Roggenanbau, besonders in den neuen Bundes-

ländern, wird damit zum Erliegen kommen. Die geringe Ausgleichsmöglichkeit mit den von anderen Landwirten abkassierten Modulationsmitteln ist geradezu lächerlich.

Die Beschlüsse zur Modulation, auf die Ministerin Künast zu Unrecht stolz ist, bedeuten weitere Einkommenskürzungen, noch mehr Bürokratie und eine Verschlechterung der deutschen Nettozahlerposition.

CDU/CSU werden bei der Umsetzung der Beschlüsse alles daran setzen, dass Ministerin Künast die eingeräumten Gestaltungsmöglichkeiten nicht noch weiter zu Lasten der Landwirte missbraucht.

Stimmen zur EU-Agrarreform

Gerd Sonnleitner, Präsident des Deutschen Bauernverbandes: *„Dieser Beschluss des europäischen Rates bedeutet eine schwere Belastung für die deutschen und für die europäischen Bauern. Er bringt keine Ermutigung für die Jugend und keine Ermutigung für Zukunftsinvestitionen.“* (Quelle: Interview Deutschlandradio, 26.06.2003)

Josef Miller, Bayerischer Landwirtschaftsminister: *„Das Jubelgeschrei von Frau Künast wird für viele Bauern noch zum Grabesang werden. Fast jedes andere Land profitiert von der Reform... Nur Frau Künast steht am Ende mit leeren Händen da.“* (Quelle: Interview Süddeutsche Zeitung, 27.06.2003)

„Insgesamt spielte Deutschland bei den Agrarverhandlungen eine äußerst undurchsichtige Rolle.“ (Die Rheinpfalz, 27.06.2003)

Belastungen für deutsche Landwirte: Einbußen und mehr Bürokratie

■ **Entkoppelung:** Die Direktzahlungen der EU werden zum Teil entkoppelt, d.h. nicht mehr nach Anbauflächen und gehaltenen Tieren, sondern teilweise pauschal gezahlt und an der Höhe der Beihilfen orientiert, die ein Betrieb im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2002 erhalten hat. Die Mitgliedstaaten können die entkoppelten Teile der Prämien als Betriebsprämie oder als allgemeine oder nach Acker-/Gründlandprämie differenzierte Flächenprämie zahlen. Im Ackerbau, bei Getreide und Ölsaaten, werden mindestens 75 Prozent des Prämienvolumens entkoppelt. Bei den Tierprämien gibt es mehrere Optionen, bei denen jeweils einzelne Prämien zum Teil oder sogar ganz an die Tierzahl gekoppelt bleiben können. Die Beschlüsse zur Entkopplung können je nach Wahl der EU-Länder zwischen 2005 und 2007 in Kraft treten. **Folgen:** Flickenteppich von entkoppelten und gekoppelten Direktzahlungen,

Wettbewerbsverzerrungen, Chaos und ein bürokratischer Overkill.

■ **Modulation:** Ein Teil der Direktzahlungen wird schrittweise bis 2007 um 5 Prozent gekürzt und in Programme für die ländliche Entwicklung, Umwelt- und Tierschutz oder für die Verbesserung der Lebensmittelsicherheit umgeleitet. Die Modulationsmittel werden zu 80 bis 90 Prozent in den EU-Staaten eingesetzt, in denen sie anfallen. 10 bis 20 Prozent werden EU-weit in strukturschwache Gebiete umverteilt. **Folgen:** Deutschland verliert einen Teil der bisherigen EU-Mittel.

■ **Cross Compliance:** Die Beihilfen werden zukünftig an die Einhaltung von 18 in der EU geltenden Rechtsvorschriften im Umwelt-, Tierschutz und in der Lebensmittelsicherheit geknüpft. **Folgen:** mehr Bürokratie und Kosten.

■ **Roggen:** Die Roggenintervention wird abgeschafft.

Folgen: Preisrückgänge für die Roggenproduzen-

ten, führt zur Benachteiligung der neuen Länder.

■ **Milchproduktion:** Das Milchquotensystem wird bis 2015 verlängert, allerdings werden die Preise für Butter ab 2004 in Stufen um 25 Prozent und für Magermilchpulver um 15 Prozent gekürzt. Als Ausgleich wird den Milchbauern lediglich die schrittweise Einführung einer Beihilfe von in der Endstufe 3,55 Cent pro kg Milch angeboten. **Folge:** drastische Einkommensverluste für die Milchbauern.

■ **Finanzen:** Die Auszahlungen für Direktzahlungen und Marktpolitik sollen bis 2013 von heute 40 auf höchstens 48,5 Mrd. Euro ansteigen. Schon jetzt ist abzusehen, dass bei den derzeitigen Beschlüssen diese Obergrenze nicht gehalten werden kann. Ab 2007 soll der EU-Minister rat ad hoc Beschlüsse zur Einhaltung der Obergrenze fassen können.

Folgen: keine Planungssicherheit, es droht eine Degression der Beihilfen durch die Hintertür

Treffen mit **Christlichem Gewerkschaftsbund**

Zu einem sozialpolitischen Gedankenaustausch haben sich die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, sowie weitere Präsidiumsmitglieder der CDU mit der Spitze des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands getroffen. Damit dokumentiert die CDU, dass sie die pluralistische Gewerkschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland anerkennt.

„Ich bin dankbar, dass der CGB den dringenden Handlungsbedarf bei der Reform der Sozialsysteme anerkennt

und sich für ein Umdenken auch bei den Arbeitnehmervertretern einsetzt“, kommentierte die CDU-Vorsitzende das Gespräch. „Dieses Treffen ist ein weiterer Schritt zur Normalisierung des Verhältnisses von CDU und CGB“, so CGB-Bundesvorsitzender Wolfgang Jaeger nach dem Gespräch.

Es konnte Einigkeit festgestellt werden hinsichtlich der Notwendigkeit, betriebliche Bündnisse für Arbeit verstärkt zur Beschäftigungssicherung einzusetzen. Die Vorschläge der CDU hierzu finden die uneingeschränkte Un-

terstützung des CGB. Der gescheiterte Streik der IG Metall zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche in den neuen Bundesländern zeige, dass es in Deutschland keine Akzeptanz für immer weitere Verkürzungen der Wochenarbeitszeiten gebe. Der Trend gehe eher dahin, dass länger gearbeitet werden müsse als bislang. Insbesondere die effektive Lebensarbeitszeit werde künftig wieder ansteigen. Die Gesprächsparteien verständigten sich darauf, hierfür gemeinsam um Akzeptanz bei den Beschäftigten zu werben.

„AUF SCHRITT UND TRITT VERFOLGT“

Prominente Politiker stehen ständig unter öffentlicher Beobachtung. Einer Beschattung der besonderen Art erfreuten sich Spitzenpolitikerinnen aller Bundestagsfraktionen, die der Bitte der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft nachkamen, sich als Mentoren in dem Workshop „It's our turn! Junge Frauen für die Politik und Wirtschaft von morgen“ zur Verfügung stellten. Aus einer großen Anzahl von Be-

werbungen bekamen 20 kulturell, sozial oder politisch interessierte und engagierte Abiturientinnen und Schülerinnen der 12.

Klasse aus dem gesamten Bundesgebiet die Chance, Politikerinnen einen Tag lang auf Schritt und Tritt zu verfolgen und in die Welt der „großen Politik“ hineinzuschnuppern. „Diesen neugierigen Blicken



setzt man sich gerne aus,“ begrüßte die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Eichhorn, die Aktion.

HARMUT KOSCHYK
KATHERINA REICHE:
**Vor bioterroris-
tischen Angriffen
ungeschützt**



**Der innenpolitische Fraktions-
sprecher und die for-
schungspolitische Frakti-
onssprecherin trafen sich zu
einem Gespräch mit Prof.
Dr. Stefan Kaufmann vom
Max-Planck-Institut für In-
fektionsbiologie und Prof.
Dr. Bernd Appell vom
Robert-Koch-Institut. Nach
der Diskussion zum The-
ma „Gefahren des Bioterro-
rismus – Zusammenwirken
von Forschungseinrichtun-
gen und Sicherheitsbehör-
den in Deutschland“ erklär-
ten sie:**

Deutschland ist vor ei-
nem terroristischen An-
schlag durch eine bewusste
Freisetzung biologischer
Organismen oder chemi-
scher Stoffe nicht geschützt.
Die Vorkehrungen für den
Kampf gegen Pockenviren
oder Milzbranderreger sind
in Europa nach den An-
schlägen vom 11. Septem-

ber 2001 längst nicht so um-
fangreich und wirkungsvoll
wie in den USA. Dennoch
kann die Bedrohung durch
akute oder chronische bio-
terroristische Infizierung-
Szenarien jederzeit – auch
bei uns – real werden. Die
Bundesregierung hat nicht
die erforderlichen Conse-
quenzen gezogen.

Noch nie war es so einfach
wie heute, eine biologische
Waffe zu bauen. Biotechno-
logisches Wissen ist welt-
weit verfügbar und anwend-
bar. Milzbranderreger und
andere potenzielle Biowaf-
fen wurden bereits gentech-
nisch verändert. Tödliche
Bakterien können Impfun-
gen überwinden. Obskure
Krankheitssymptome lassen
sich auslösen, ohne von
Nachweissystemen erfasst
zu werden. Es existieren Er-
reger, die viel effektivere B-
Waffen abgeben als natür-
liche Mikroben. Es wurden
Gene für tödliche Gifte auf
harmlose Darmbakterien
übertragen. Anthrax-Bakte-
rien – die Erreger von Milz-
brand- wurden so verändert,
dass weder Impfungen noch
Nachweisverfahren darauf
anspringen.

Wir brauchen dringend
eine breiter angelegte For-
schung. Nur so ist eine effek-
tive Gefahrenabwehr mög-
lich. Es fehlt aber bereits an
einer Bioterrorismuspräven-

tion, an speziellen Hochsi-
cherheitslabors und vor al-
lem an einem Gesamtkon-
zept zum wirksamen Schutz
der Bevölkerung. Die aufge-
tretenen SARS-Infektions-
fälle haben gezeigt, dass es
noch nicht einmal eine ein-
heitliche, objektive und um-
fassende Gefährdungsana-
lyse gibt. Mit widersprüchli-
chen Verlautbarungen hatte
die Bundesregierung auch
bei der Diskussion der
Pockengefahr Anfang des
Jahres zur Verunsicherung
der Bevölkerung beigetra-
gen. Die Diskussion mit
Spitzenforschern des Max-
Planck-Instituts und des
Robert-Koch-Instituts ver-
deutlichte, dass eine zuver-
lässige Gefährdungsanalyse
unverzichtbar ist.

Notwendig ist auch der
Aufbau eines Kompeten-
zentrums zur Abwehr bio-
terroristischer Angriffe.
Dies ist die Voraussetzung
für das zielgerichtete Han-
deln aller beteiligten For-
schungseinrichtungen. Die
fachmedizinische Ausbil-
dung könnte so verbessert
und die Forschung koordin-
iert werden. Im Bereich der
Forschung selbst besteht im
Hinblick auf die Immunität
der Erreger gegen bekannte
Antibiotika ein großer For-
schungsbedarf. Darüber hin-
aus müssen Schnellerken-
nungsmethoden für gene-

tisch veränderte Mikroorganismen entwickelt werden, ebenso wie diagnostische Verfahren und automatisierte Nachweistechniken. Ferner müssen neue Impfstoffe, Antikörper und Antibiotika umfassend erforscht werden. Die erforderlichen Mittel sind schnellstmöglich bereit zu stellen. In den USA stehen nach dem 11. September der Forschung allein für die Bioabwehr 7 Mrd. \$ zur Verfügung. Die EU hat hierfür dagegen nur 4 Mio. € vorgesehen.

Auch ist eine bessere Ausbildung der Hilfskräfte wie Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste im Hinblick erforderlichen neuen Gefahrenabwehrmaßnahmen überfällig. Unbedingt erforderlich ist die zielgerichtete Zusammenarbeit von Sicherheits- und Gesundheitsbehörden. Das Expertengespräch zum Bioterrorismus hat nicht nur erste Denkanstöße für Wissenschaftler und Politik zur Gesamtproblematik ergeben, sondern auch deutlich gemacht, dass dringender Handlungsbedarf besteht.

Der intensive Dialog zwischen Politik und Wissenschaft ist notwendig und wird fortgesetzt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat mit diesem ersten Expertengespräch die Initiative zur Entwicklung eines Gesamtkon-

zeptes zur Abwehr bioterroristischer Gefahren übernommen. Wir fordern die Bundesregierung auf, die erforderlichen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung zuzugreifen und werden hierzu im Herbst 2003 dem Deutschen Bundestag einen entsprechenden Antrag vorlegen.

MARIA BÖHMER:

Rotstift bei den Familien



Zum Haushaltsentwurf 2004 des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erklärte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende:

Mit dem Haushaltsentwurf für das Jahr 2004 leistet die Bundesregierung ihren familienpolitischen Offenbarungseid: Der Etat sinkt um 355 Millionen Euro; der Löwenanteil, nämlich 245 Millionen Euro, entfällt auf die Kürzung des Erziehungsgeldes. Mit der Senkung der Einkommensgrenze für das

Erziehungsgeld in den ersten sechs Monaten werden junge Familien in einer ohnehin finanziell angespannten Situation noch stärker belastet. Damit wird die Bereitschaft junger Frauen und Männer, eine Familie zu gründen, noch weiter abnehmen. Dabei ist die Förderung der Familien angesichts der prognostizierten demografischen Entwicklung die entscheidende Aufgabe für unsere Zukunft, der sich alle Politikbereiche stellen müssen.

Sämtliche Versprechen zur Steuersenkung können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bundesregierung wieder einmal Einsparpolitik auf dem Rücken der Familien betreibt. Noch im Koalitionsvertrag wurde die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Familien als politische Zielsetzung erklärt. Nur neun Monate später ist von diesem Versprechen nichts mehr übrig: In der Kabinettsvorlage des Finanzministers wird die Familienpolitik bei den wesentlichen Politikbereichen nicht einmal mehr genannt.

Familienministerin Renate Schmidt ist eine schlechte Anwältin für die Familien in Deutschland: Statt für deren Anliegen zu kämpfen, ordnet sie sich dem Sparzwang des Finanzministers unter.

KATHERINA REICHE:

Vernachlässigung der **Forschung**



Die bildungs- und forschungspolitische Sprecherin erklärte zum Haushaltsentwurf 2004 für den Bereich Bildung und Forschung:

Mit 8,209 Milliarden Euro für 2004 gegenüber 8,364 Milliarden Euro im Jahr 2003 weist der Einzelplan 30 „Bildung und Forschung“ ein Minus von über 150 Millionen Euro auf. Rot-Grün vernachlässigt in sträflicher Weise die Forschungspolitik. Insbesondere die Projektförderung ist massiv gekürzt worden, ebenso wie der Hochschulbau mit 135 Mio. Euro.

Die Ankündigung des Bundeskanzlers, für eine Erhöhung der Gelder für die Forschungsorganisationen bis zu 3,5 % zu sorgen, geht voll auf Kosten der Projektförderung. Der Bundeskanzler gibt mit einer Hand und nimmt es mit der anderen.

Dies ist kein Neustart in der Standortpolitik sondern ein Fehlstart. Technologische Innovationen werden schlechter behandelt. Rot-Grün muss außerdem eine Antwort darauf geben, was aus den mit UMTS-Mitteln geförderten Projekten wird, die Ende des Jahres auslaufen.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, den Haushalt für Forschung und Entwicklung auf das angestrebte europäische Maß von 3 % des Bruttoinlandsproduktes, das bereits von Ländern wie Finnland und Schweden überschritten worden ist, zu steigern.

ERWIN MARSCHESKI:

Osterweiterung – ein **epochales** Ereignis



Zur zweiten Lesung und der Schlussabstimmung über den Gesetzentwurf zum Beitritt von 10 Staaten zur Europäischen Union erklärte der Vorsit-

zende der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“:

Die Osterweiterung der Europäischen Union um 10 Beitrittsstaaten zum 1. Mai 2004 stellt ein epochales Ereignis dar. Nach den bitteren Erfahrungen vor allem in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eröffnet sich die historische Chance, Frieden, Freiheit und Sicherheit in ganz Europa nachhaltig zu stärken.

Die Europäische Union als Rechts- und Wertegemeinschaft bietet dabei die Chance einer dauerhaften Verständigung und Aussöhnung zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarstaaten.

Grundlegend dafür waren die Kopenhagener Kriterien, die dazu beigetragen haben, den Reformprozess in den Beitrittsländern voranzubringen, um die Bedingungen für eine von allen Seiten gewünschte Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu erfüllen.

Bedauerlich ist jedoch, dass insbesondere in der Tschechischen Republik die Dekrete nicht aufgehoben worden sind; sie haben völkerrechtswidrig als Rechtfertigungen für Tötungen, Vertreibungen und Entrechtungen gedient. Dabei ist für CDU und CSU klar: Vertrei-

MICHAEL FUCHS
HARTMUT SCHAUERTE:

Freiheit wagen – Bürokratie ab- bauen



In einer Expertenrunde von Wirtschaftsverbänden und Einzelexperten sind die Ergebnisse des ersten Arbeitspapiers der Fraktionsarbeitsgruppe zum Bürokratieabbau unter der Leitung des AG-Vorsitzenden sowie des Vorsitzenden des Parlamentskreises Mittelstand nachhaltig begrüßt worden.

In Anwesenheit namhafter Experten aus dem Verbandswesen, der Wirtschaft und der Wissenschaft präsentierte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Anwesenheit der Fraktionsvorsitzenden Angela Merkel ein klares und überzeugendes Bild ihrer Bürokratieabbaubemühungen.

Die an die Experten gerichteten Fragen behandelten drei Komplexe: Die Effizienz der derzeitigen Praxis der Gesetzesfolgenab-

schätzung, die alle Beteiligten als völlig wirkungslos und unzureichend bewerteten, bildete einen zentralen Aspekt. Es zeigte sich deutlich, wie einseitig Gesetzesfolgen beurteilt werden. Bürger und Unternehmen werden außen vor gelassen.

Die von der Arbeitsgruppe Bürokratieabbau erarbeiteten Instrumentarien Befristung von Gesetzen sowie Beschleunigung von Genehmigungsverfahren wurden einstimmig begrüßt. Viele Verbände haben diese Instrumentarien ebenfalls Bundesminister Clement in der Hoffnung auf Berücksichtigung im bislang unveröffentlichten Masterplan unterbreitet.

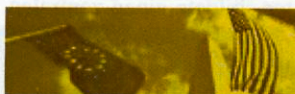
In der Sache einig war man sich, dass institutionalisierte Normenprüfstelle geschaffen werden müssen. Unterschiedliche Vorschläge gab es zu der Frage, wie die Normprüfstelle aussehen soll. Die Erkenntnis, dass man im Bürokratieabbau zuerst neue Prüfstrukturen aufbauen muss, war für alle Beteiligten eine logische Konsequenz. Letztendlich darf Gesetzgebungsarbeit aber ihre grundgesetzliche Legitimation nicht verlieren, sondern muss inmitten der Gesetzgebungsorgane angesiedelt werden.

bungsdekrete und -gesetze sind Unrecht und stehen im Gegensatz zum Völkerrecht. Sie dürfen daher nirgendwo Bestandteil einer bestehenden Rechtsordnung sein und bleiben. Daher fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in ihrem Entschließungsantrag die Bundesregierung auf, über die Aufhebung von Vertreibungs- und Entrechtungsdekreten sowie Strafreistellungsgesetzen, insbesondere mit der Tschechischen Republik, zu verhandeln.

Es ist für alle Seiten, sowohl für die deutsche Seite als auch für die Staaten, in denen Vertreibungs- und Entrechtungsdekrete noch bestehen, von Interesse, dass diese Relikte aus der Vergangenheit, die den Weg in eine gemeinsame Zukunft und für eine dauerhafte Aussöhnung immer wieder beschweren, bewältigt werden und die damit verbundenen offenen Fragen einer zukunftsgerichteten Lösung zugeführt werden.

Die Bundesregierung ist besonders in der Pflicht, mit der Tschechischen Republik zu verhandeln, nicht nur zur Wahrung der Interessen der deutschen Heimatvertriebenen, sondern auch mit dem Blick auf ein gemeinsames Europa.

Initiative zum euro-atlantischen Dialog



Transatlantik-Netz.de

Portal für den euro-atlantischen Dialog

Mit einer als Subportal ausgestalteten Internetplattform hat die Konrad-Adenauer-Stiftung eine Initiative zur Verbesserung und Pflege der transatlantischen Beziehungen gestartet.

Die Plattform bündelt die Aktivitäten der Stiftung zum Thema und macht insbesondere das intern vorhandene Fachwissen unmittelbar zugänglich und abrufbar. Durch ständige Aktualisierung kann auf neue Entwicklungen und Ereignisse ebenso hingewiesen werden wie auf

wichtige externe Materialien, Quellen und Informationen. Über eine kommentierte Linkliste bestehen Querverbindungen zu anderen Organisationen und Institutionen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, die im transatlantischen Dialog engagiert sind. Als besonderer Service für die Nutzer des Portals ist vorgesehen, in einer weiteren Ausbaustufe ein virtuelles Handbuch zu erstellen, das über zentrale Schlüsselbegriffe die wichtigsten Daten und Fakten zum transatlantischen Ver-

hältnis in komprimierter Form darstellt und über aktuelle Stichworte sowie über zusätzliche Hinweise bzw. direkte Links die Möglichkeit zur vertieften Information eröffnet.

Ziel der Internetplattform ist es, nicht nur Wissen verfügbar zu halten, sondern zugleich als Basis für eine breite transatlantische Initiative zusammen mit anderen Partnern zu dienen.

Das Subportal „Transatlantik-Netz“ finden sie über die Homepage www.kas.de oder direkt über www.transatlantik-netz.de.

Literaturpreis 2003

Der diesjährige Literaturpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung wurde an **Patrick Roth** verliehen. Ausgezeichnet werden, so die Jury, vor allem Roths Frankfurter Poetikvorlesungen *Ins Tal der Schatten* (2002) und Roths *Christus-Trilogie* (1991–1996), die nicht in den Kontext traditioneller christlicher Dichtung gehöre, sondern das biblische Zeugnis aktualisiert, indem

sie es in die Sprache und Realitätserfahrung unserer säkularisierten Welt stellt.

Mit großer Sensibilität für Zeitfragen erkunden Patrick Roths deutsch-amerikanische Erzählungen (*Die Nacht der Zeitlosen*, 2001) die persönlichen und die politischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts. Patrick Roth ist mit der amerikanischen Medienkultur ebenso vertraut wie mit der europäischen Wertetradition. Der

1953 in Freiburg geborene Autor gilt daher als ein „Botschafter zwischen alter und neuer Welt“.

Die Ehrung wurde durch den Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Ministerpräsident a.D. **Bernhard Vogel**, vorgenommen. Im Rahmen der Feierstunde wird die Jubiläumsschrift „Literaturpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung 1993-2002“ präsentiert.



CDU-Buntstifte
mit intensiver Farbkraft,
Bruch-, Wisch- und Wasserfest

Bestell-Nummer: 9250
Preis je 10 Schachteln: 17,40 €
inkl. MwSt.: 20,18 €



CDU-Malblock
DIN A4, 30 Blatt

Bestell-Nummer: 9878
Preis je 20 Stück: 28,00 €
inkl. MwSt.: 32,48 €



Mini-Schultüte,

Inhalt: 4 Buntstifte, Radiergummi,
Bleistift und CDU-Vitaminbonbons

Bestell-Nummer: 9657
Preis je 10 Stück: 15,30 €
inkl. MwSt.: 17,75 €



Stundenplan

Bestell-Nummer: 9258
Preis je 250 Stück: 10,20 €
inkl. MwSt.: 11,83 €



**Reflektoren,
bunter Mix aus
verschiedenen
Figuren und Symbolen**

Bestell-Nummer: 9558
Preis je 30 Stück: 18,90 €
inkl. MwSt.: 21,92 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162,33759 Versmold
Telefax 05241-804 1892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Urlaubszeit – Reisezeit

Mit dem neuen EURO-Sammelalbum können Sie gleich die im Ausland erworbenen Münzen einsortieren.



EURO-Sammelalbum

12 EURO-Länder/96 Münzen.

Einfach die einzelnen Münzen in die passenden Stanzungen drücken.

Bestell-Nummer: 9021

Preis: 8,50 €

inkl. MwSt.: 9,86 €